

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüderstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 2. April 1932

Nummer 27

Von den Tarifverhandlungen

Die am 30. März aufgenommenen Verhandlungen der Tarifparteien vor dem durch den Deutschen Buchdrucker-Verein angerufenen Zentral-Schlichtungsausschuss wurden durch den Verhandlungsleiter Professor Dr. Brahn mit der Feststellung eingeleitet, daß von den Gehilfenorganisationen unter gleichzeitiger Zurückstellung ihrer Anträge zu den Manteltarifverhandlungen der Antrag auf Verlängerung des bisherigen Tarifs bis zum 31. März 1933 eingereicht worden sei. Nach eingehender Begründung dieses Antrags, auf die wir in nächster Nummer noch eingehender zurückkommen werden, folgte eine verhältnismäßig kurze Erwiderung von Unternehmerseite, der in der Hauptsache zu entnehmen war, daß man auf eine solche Hemmung ihrer uferlosen Verschlechterungsanträge nicht vorbereitet war. Eine sich anschließende Sonderberatung der unparteiischen Vorsitzenden zeitigte nach längerer Dauer eine Klärung der Situation insofern, als Professor Dr. Brahn erklärte, daß die unparteiischen Vorsitzenden den Antrag auf Verlängerung des Tarifs zwar grundsätzlich nicht ablehnen, daß sie aber darüber nicht entscheiden könnten, ehe man nicht den Vortrag der Parteien über die vorliegenden Anträge entgegen genommen habe. Infolgedessen machte sich eine weitere Spülberatung der beiden Tarifparteien erforderlich, die auf unserer Seite am Vormittag des zweiten Verhandlungstages zur Abgabe und kurzen Begründung folgender Erklärung führte:

Unter nachfolgendem Hinweis auf die durch die Vierte Notverordnung geschaffene erschwerte wirtschaftliche

Lage der Gehilfenschaft erklären die Vertreter der Arbeiterorganisationen, daß sie nicht in der Lage sind, sich an einer Beratung der Tarifanträge zu beteiligen, die auf eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenshaltung gerichtet sind. Sie lehnen die diesbezüglichen Anträge der Unternehmer von vornherein ab und halten ihren Antrag auf Verlängerung des bisherigen Tarifvertrags aufrecht.

Im Anschluß an die Verkündung dieser Erklärung wurden die Begründungen der Prinzipalsanträge in der Reihenfolge des bisherigen Tarifs vorgetragen. Auf unserer Seite fand nur die Forderung der Arbeitszeitverkürzung zur wirksamsten Bekämpfung des Arbeitslosenlebens eingehende Besprechung, während zu allen andern Punkten nur die Zweckmäßigkeit der bisherigen Tarifbestimmungen nachgewiesen wurde. Diese Verhandlungsweise ermöglichte bis zum Abend des zweiten Verhandlungstages die Durcharbeitung der einzelnen Teile des Tarifs bis auf die Lehrlingsfrage, die noch besonderer Erörterung in Anwesenheit eines Vertreters der Deutschen Handwerks- und Gewerbekammern vorbehalten bleibt. Irgeineine Überbrückung der schroffen Gegensätze ist bis jetzt in keinem Punkt zu verzeichnen. Ob dies sich aus dem am 1. April begonnenen Beratungen der Schlichterkammer ergeben wird, bleibt abzuwarten. Jede Verhandlung über Lohnfragen auch hinsichtlich des gekündigten Lohns wurde von unsern Vertretern ohne vorhergehende Klärung der tariflichen Grundlagen abgelehnt.

Isogkeit behoben werden muß, daß Arbeitslosigkeit überhaupt nicht ein notwendiges Übel zu sein braucht.

Die Aufstellung des Kampfrufes nach der Vierzigtundenwoche soll nicht nur der Einstellung von Arbeitskräften für die ausfallenden acht Stunden als Krisenmaßnahme dienen, sie soll darüber hinaus als ständige Einrichtung vorgeesehen werden, um die Freisetzung von Arbeitskräften durch die Vervollkommnung der maschinellen Einrichtung und durch die Rationalisierung zu kompensieren. Alle der Internationale angeschlossenen Organisationen werden aufgefordert, den Gedanken der Vierzigtundenwoche zu propagieren und ihn an die Spitze der Forderungen bei Tarifunterhandlungen zu stellen. Der Ruf nach der Vierzigtundenwoche verhalte nie mehr bis zur Verwirklichung, heute im Interesse der Krisenarbeitslosen, morgen in Hinblick auf eine vernünftige Verteilung der vorhandenen Arbeit.

Jahreshauptversammlung des Gaués Danzig

Am 20. März trat die Gaumitgliedschaft Danzig im „Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus“ zu ihrer Jahreshauptversammlung zusammen, die das Gepräge eines außerordentlich starken Besuchs hatte. Die Danziger Buchdrucker gaben mit den Chören „Heil Gutenberg“ und „Ein Sohn des Volkes“ der Tagung eine sinnvolle Einleitung. Nachdem zunächst eine einstimmige Beschlussfassung über die Bewilligung eines Anwesenheitsgeldes für die arbeitslosen Kollegen erfolgte, gelangten darauffolgend die beiden ersten miteinander verbundenen Verhandlungspunkte, „Entgegennahme des Geschäftsberichts“ und „Genehmigung der Jahresrechnung“, zur Abwicklung. Alle Mitglieder waren hierfür trotz der Misere der Zeit mit einem gedruckten Jahresbericht bedient worden. Die in der Aussprache von mehreren Rednern geäußerte Kritik an dem Bericht zeugte von einer eingehenden Durchsicht sowie großem Interesse an den Organisationsgeschäften; sie bezog sich besonders auf die Jahresrechnung, welche nach einer Erwiderung des Gauvorsitzers Töpfer auf die gedruckten Bemerkungen und Wünsche durch die einstimmig erteilte Entlastung für den Vorstand Genehmigung fand. Wie sehr das Jahr 1931 für die Danziger Gaukollegen eine Zeitperiode der Krisenhaftigkeit und des Unheils geworden ist, findet sich unbeschönigt dokumentiert auf den Druckseiten

des Jahresberichts. Die Mitte des Jahres brachte für das Buchdruckgewerbe in Danzig einen Lohnabbau von über 11 Proz., rückwärtslos von Seiten der Unternehmer durchgedrückt mit staatlicher Hilfsleistung, obwohl durch einen ganzen Mattenkönig steuerlicher Mehrbelastungen, durch Mietserhöhung usw. die Lebenshaltung sich allgemein zum Ungunsten der Arbeiterschaft verändert hatte. Trotz des rigorosen Abbaues war eine entsprechende Erhöhung der Quote der Arbeitsmöglichkeit im Beruf nicht zu verzeichnen; es ist im Gegenteil die Arbeitslosenziffer bedenklich angestiegen. Damit nicht genug, hat der „heilige“ Goismus der Danziger Buchdruckunternehmer auch nicht halt vor dem tariflichen Recht gemacht und bei der Neugestaltung des Manteltarifs die Gehilfenschaft in mancherlei Positionen zurückgedrängt und ebenso dort noch in der Lohnklassenstaffelung bei einzelnen Altersklassen das Minimum erheblich nach unten zu abgewandelt. Zugewachsen ist, was der Bericht noch nicht registriert, den bisherigen Lohnabstrichen nunmehr ein erneuter Abbau gefolgt. Von der Zahl, die mit 64 Gulden den Spitzenlohn darstellte, sind ab 12. März 1932 weitere 4 Gulden für das Gehilfenentkommen nicht mehr zu verbuchen. Daß auch bei den Aberrimummüssen wesentlich abgezogen worden ist, versteht sich nach der hier eben gegebenen Kennzeichnung der Unternehmerlohnpolitik wie das Amen in der Kirche.

Der dritte Tagesordnungspunkt der Hauptversammlung lautete: „Anträge betr. Änderung der Satzungen“. Es gab hierbei eine auf mehrere Stunden ausgedehnte gründliche Auseinandersetzung zwischen den Befürwortern und Gegnern der Satzungsänderung, die von einer Anzahl Kollegen als Beratungspunkt in das Vorschlagsrecht der Mitgliedschaft gestellt, der Versammlung vom Vorstand zur Abstimmung empfohlen wurde. Mit nur zwei Stimmen über die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde nach Beendigung der Debatte die Neuformulierung der Satzungen beschlossen. Punkt 4, „Festsetzung der Beiträge und der Höhe sämtlicher Unterstellungen sowie sonstiger Kassenleistungen“, löste ebenfalls eine sehr lebhafteste Diskussion aus. Vom Vorstand und einer bereits vor längerer Zeit eingesehenen sogenannten Sparkommission lag hierzu ein Vorschlag vor, den Beitrag um wöchentlich 30 Guldenpfennig herabzusetzen und die Unterstellungen bei den bisherigen Sätzen zu belassen. Die Beitragssenkung sollte einerseits in Berücksichtigung der Einkommensschrumpfung erfolgen und zum andern die bei den Verbandskollegen im Reich ab 1. Januar 1932 eingetretene, niedriger liegende Beitragsgestaltung nachholen, die im Gau Danzig auf Beschluß der Mitgliedschaft hin nicht vorgenommen worden war. Jedoch auch die Hauptversammlung erklärte sich in der übergroßen Mehrheit für eine Beibehaltung des Beitrags in unveränderter Höhe mit 3,80 Gulden, um die finanzielle Grundlage der Unterstellungsleistungen an die arbeitslosen Kollegen, insbesondere für die Ausgesteuerten, nicht zu erschüttern. Über einen weiter vorliegenden Antrag, solche Kollegen, die nur drei Tage und darunter wöchentlich arbeiten, von der Zahlung des G a u Beitrags zu befreien, entschied die Versammlung im Sinne des Vorschlags des Vorstandes, für diese durch die Kurzarbeit im Verdienst besonders stark geschmälernten Mitglieder den Beitrag um wöchentlich einen Gulden zu ermäßigen.

Eine schnellere Erledigung fanden die letzten drei Tagesordnungspunkte, die die Festsetzung der Entschädigungen für die Vorstandsmitglieder und die Funktionäre, die Aufstellung von Kandidaten für den Vorstand und die Wahl der Revisoren und der Tarifamtsbeisitzer betrafen. In der Entschädigungsfrage folgte der Verammlung bei der Abstimmung dem Vorschlag des Vorstandes. Per Akklamation erfolgten dann, da sich die amtierenden Vorstandsmitglieder gegen die Wiederandidatur stellten, die Vorstandsmitglieder. Folgende Kollegen bilden daher auch für das neue Geschäftsjahr den Gauvorstand: Karl Töpfer als Gauvorsitzer, Emil Marquardt als Vorsitzender, Willi Basted als Kassenführer, Alfred Kwinnewitz als Beisitzer und Lehrlingsleiter, Alfred Klein als Schriftführer. Als ordentliche Revisoren wurden gewählt die Kollegen Bulla, Hübner, Richard Gehrmann. Die Tarifkommission setzt sich aus nachgenannten Kollegen zusammen: Töpfer, Kwinnewitz, Emil Marquardt, Kurt Senger.

Damit war nach einer Zeitbeanspruchung von nur fünf Stunden die Tagesordnung aufgearbeitet, und Kollege Marquardt beendete mit einem Schlusswort, das die Kollegen durch ein weiteres geschlossenes organisatorisches Zusammenwirken verpflichtete, die Jahreshaupttagung des Gaués Danzig. A. A.

Forderung der Vierzigtundenwoche durch die graphische Internationale

Anlässlich der Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Bern, vom 16. bis 18. März, versammelten sich die drei Internationalen Berufssekretariate der Buchbinder, der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe und der Buchdrucker zu einer gemeinsamen Sitzung am 15. März im Vereinshaus der Typographia Bern.

Bei dieser Gelegenheit wurden naturgemäß auch die allgemeine Krise, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Angriffe des Unternehmertums auf alle Erzeugnisse der Bucharbeiter, vor allem aus aber die dringende Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit ohne Kürzung des Realentkommens behandelt. Die drei Sekretariate einigten sich auf nachstehende Entschlüsse für die Öffentlichkeit und für die angeschlossenen Organisationen:

Die am 18. März 1932 anlässlich der Tagung des I.G.B. in Bern versammelten drei Internationalen Sekretariate der Buchdrucker, der Buchbinder und der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe bekräftigen und unterstützen die feierlich gefassten Beschlüsse hinsichtlich einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit. In Anbetracht der Beschlüsse des I.G.B. betrachten sie die Vierzigtundenwoche als nächstes Ziel für die angeschlossenen Organisationen.

Die drei Sekretariate empfehlen den angeschlossenen Organisationen, bei Einführung der Vierzigtundenwoche für die ausfallenden Arbeitsstunden die Einstellung neuer Arbeitskräfte zu verlangen.

Die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit soll verfolgt werden, ohne daß dabei der Reallohn eine Verminderung erfährt.

Die kapitalistische Wirtschaft erweist sich als unfähig, großzügige Gedanken durchzuführen und eine tiefgreifende Umstellung vorzunehmen. Das Unternehmertum wird sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, daß 13 Jahre nach Einführung der Achtundvierzigstundenwoche nun eine weitere dauernde Verkürzung der Arbeitszeit eintreten soll, nachdem sich große Teile noch nicht einmal mit der Achtundvierzigstundenwoche ausgeöhnt haben. Das Unternehmertum gibt sich der gewissenlosen Hoffnung hin, daß immer eine ungeheure hungrige Reservearmee von Arbeitskräften, am Leben erhalten einzig durch bescheidene öffentliche oder gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützungen, zur Verfügung stehen wird. Es wird sich nur schwer mit dem Gedanken abfinden, daß neben der Krisenbekämpfung durch Umstellung der Wirtschaft, durch großzügige Arbeitsbeschaffung, auch die dauernde Arbeits-

dann im weitem die Stellung der Gewerkschaften zur Krise und deren Bestrebungen zur Erleichterung derselben für die Arbeiterschaft darzulegen. Die im Brennpunkt der Erörterung stehenden innerpolitischen Maßnahmen der Regierung — die Notverordnungen mit ihrer ungeheuren Belastung für das Volk —, die Tolerierung durch die SPD, fänden entsprechende Berücksichtigung. Nach einer kurzen Erörterung der augenblicklichen Lage der Organisation schloß Redner seine gehaltenen, überzeugenden Ausführungen mit dem Hinweis, daß 1932 ein Jahr des Kampfes für die Arbeiterschaft ist. In der politischen Arena werde dieser entscheidend. Wenn der NSDAP für die Wahl Hindenburgs eintrete, sei dieses eine Frage der Taktik. Hier Wahrung der Demokratie mit Ausblick auf die Wiederaufwärtsentwicklung, dort Diktatur mit der Verschlagung der Erregungenschaften der Arbeiterschaft. Die Geschäfte werden nicht über Hütler führen; wenn es aber anders kommen sollte, werde es sich erweisen, daß sie feststeht, die Front von Eilen. Nach einer hauptsächlich von der Opposition bestrittenen Ansprache fand die Versammlung ihr Ende.

Frankfurt a. M. (Maschinenseher.) Am 28. Februar fand unsere Hauptjahresversammlung statt. Kollege Klein konnte den Gaudorfseher, Kollegen Repefs, sowie die erfreulicherweise sehr zahlreich erschienenen auswärtigen Kollegen und die Frankfurter Kollegen begrüßen. Unter „Geschäftlichem“ wandte sich unser Vorsitzender gegen den hiesigen Handfegerpartei-Vorstand, der in einer Bezirksversammlung den Versuch machte, die Handfeger gegen die Maschinenseher auszuspielen, ohne sich bewußt zu sein, daß er damit nur den Unternehmern dient, denn von diesen haben auch die Handfeger nichts zu erwarten. Die Versammlung stellte sich geschlossen hinter den Vorsitzenden und forderte, daß in Zukunft derartige Machenschaften der Handfegerpartei zu unterbleiben haben. Im Jahresbericht erwähnte Kollege Klein in eingangs die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und appellierte an die Arbeiter, einzig und geschlossen dem Verband und der Sparte auch in der schweren Zeit die Treue zu halten. Dann streifte er alle Beranfangungen des abgelaufenen Jahres. Trotz der schweren Zeit wurde im vergangenen Jahre nützliche und wertvolle Spartenarbeit geleistet. Den Kassenbericht gab Kollege Löw; er hat es verstanden, trotz vermehrter Ausgaben die Kasse noch zu stärken. Kollegiale Veranstaltungen sollen jetzt nicht vernachlässigt werden, was die Versammlung begrüßte. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Kollege Knippel erstattete den Bericht der Technischen Kommission. Kollege Reichardt (Offenbach) dankte im Namen der Bezirke für die vom Vorstand geleistete Arbeit und schlug vor, den Vorstand en bloc wiederzuwählen, was auch geschah; außer dem zweiten Vorsitzenden, Kollegen Knippel, der infolge Avancierung zum Faktor seine Ämter niederlegte. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Bayerzsdörfer gewählt. Das Amt in der Technischen Kommission bezieht Kollege Knippel. Die nachfolgende Aussprache über „Beitragsherabsetzung und Festsetzung der Remunerationen“ endete mit der Beibehaltung der bisherigen Beträge. Ausgeschlossen wurde ein Kollege wegen Restierens. Ein Antrag auf Abschaffung der dortigen Kollegen finanziell zu unterstützen, wurde zurückgestellt und empfohlen, sich als Bezirk selbständig zu machen. Nachdem noch in kurzen Worten auf die notwendige Mitarbeit aller Mitglieder vom Vorsitzenden hingewiesen worden war, fand die interessant verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Freiburg i. Br. (Maschinenseher.) Der Bezirk Freiburg unserer Gauvereinigung hielt seine Generalversammlung am 28. Februar ab. Sie erstreckte sich eines räumlichen Besuchs. Kollege Hübs (Basel), Vorsitzender der Kaiser Vereinigung und Mitglied der Schweizerischen Zentralkommission, überbrachte die Grüße beider Institutionen. Gau- und Bezirksvorstand sowie die Sparten hatten Vertreter entsandt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Hugo Hultmann, Jubilar der Vereinigung sowie des so jäh aus unserer Mitte gerissenen Gauvorstehers Sandorf. Vorsitzender H. Müller würdigte eingehend die Verdienste des Verstorbenen um die Sparte. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor. Unter „Mittellungen“ unterzog der Vorsitzende die allgemeine Wirtschaftslage einer kritischen Betrachtung. Auf die Verhältnisse im Beruf übergehend, bildete neben andern die Kündigung des Mantelstarifs und die kommenden Verhandlungen zur Neuregelung des Tarifs ausgiebigen Gesprächsstoff. Hoffen wir auf die bewährte Verhandlungsroutine unserer Unter-



Sechzig Jahre Verbandsmitglied



Christian Walch in Gotha
Eingetreten: 22. März 1872
Seht Inwalde



Max Späyer in München
Eingetreten: 4. April 1872
Seht Inwalde

Fünzig Jahre Verbandsmitglied



Robert Böhmer in Hannover
Eingetreten: 25. März 1882, Seht Inwalde



Aug. Bertram in Osnabrück
Eingetreten: 2. April 1882
Seht Inwalde



Paul Kluge in Zwickau
Eingetreten: 2. April 1882
Seht Inwalde



händler! Im Situationsbericht der einzelnen Druckorte spiegelte sich die leidliche Wirtschaftsmisere lebhaft wider. Kurzarbeit und Lohnabbau sind ihre Signatur und gaben reichen Diskussionsstoff. Der Kassenbericht zeigte einen zufriedenstellenden Kassenstand, wie auch die Kassenführung des Kollegen Baumert von den Revisoren als einwandfrei erklärt wurde. Ihm sowie der Kasse der Technischen Kommission (Obmann K. Rombach) wurde Entlastung erteilt. Der Beitrag, 10 Pf. pro Woche, wurde beibehalten. Der Mitgliederstand betrug am Jahresabschluss 62. Nach einem Bericht des Obmanns der Technischen Kommission und des Bibliothekars H. I. Senck wurde aus der Versammlung heraus dem Gesamtverband Dank für seine Mithilfe ausgesprochen. Ein vorgeschriebener Vortrag des Vorsitzenden „Streikung durch die Reichsgerichtsamturteile“ mußte der vorgeschriebenen Zeit wegen leider zurückgestellt werden. Mit der Erledigung interner Angelegenheiten nahm die Versammlung, die vom guten Geist getragen war, ihr Ende. — Ihr schloß sich am Nachmittag ein Abschiedslopppen mit den Gästen und auswärtigen Kollegen an.

Hamburg-Altona. In unserer ordentlichen Generalversammlung am 6. März gab Kollege Fr. Runkler zunächst Kenntnis von dem Ableben eines Kollegen, dessen Andenken wie üblich geehrt wurde. Zur Wahl einer Hilfskraft im Büro wurden 12 Kollegen in eine Wahlkommission gewählt. Der Vorschlag des Vorstandes, die Wahl der Revisoren schon nach den neuen Satzungen vorzunehmen, wurde angenommen. Kollege Kehr begründete eine Resolution zur Reichspräsidentenwahl, die jedoch durch Abergang zur Tagesordnung erledigt wurde. Ein Kollege wurde auf Grund des § 10 lb der Verbandsstatuten mit 188 gegen 85 Stimmen bei vielen Stimmenthaltungen ausgeschlossen. Den Jahresbericht erstattete sodann in eingehender Weise Kollege Runkler, zum Schluß auf den gedruckt vorliegenden Bericht verwehnd. Verbunden mit der Aussprache wurden folgende Anträge der Kollegen M. Mohde: „Versammlung mit dem Thema: Wie geht es dem Arbeiter im neuen Ausland?“, „Wiederaufnahme aller wegen oppositioneller Tätigkeit ausgeschlossenen Kollegen“, „Johs. Schmidt“, „Ferienvertretung im Gaubüro in erster Linie aus dem Kreise der erwerbslosen Kollegen zu entnehmen“. Die Stellungnahme des Gauvorstandes zu diesen Anträgen präzisieren in der genannten Reihenfolge die Kollegen P. Ratho, G. Stoll und Runkler. Nach längerer Aussprache wurden die Anträge von Mohde und Runkler durch Abergang zur Tagesordnung erledigt. Nach den Satzungen müssen in dieser Versammlung die Kandidaten zur Gesamtverwaltung aufgestellt werden. Unter stärkstem Protest der Opposition wurde die Aussprache vertagt. Nachdem die Opposition die Versammlung verlassen und die Kandidaten zur Wahl der Gesamtverwaltung aufgestellt sowie die Türkontrollen gewählt waren, wurde die Versammlung vertagt.

Hamburg-Altona. Die Aussprache über den Jahresbericht des Vorstandes über 1931 aus unserer ordentlichen Generalversammlung vom 6. März wurde in einer außerordentlichen Generalversammlung am 10. März fortgesetzt und beendet. Kollege Runkler ehrte zunächst das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Sodann ging der Vorsitzende auf den stürmischen Verlauf der letzten Versammlung ein und betonte hierzu besonders, daß kein Grund vorgelegen habe, so wie geschahen vorzugehen, da streng nach den Satzungen verfahren worden sei; er gab dabei einen Rückblick über den Verlauf früherer Jahresversammlungen. Nachdem die Anträge des Kollegen Jensen (Sparmaßnahmen betreffend) verlesen waren, wurde fünf Rednern noch das Wort erteilt, die sich zum Jahresbericht fast gar nicht äußerten, sondern die politischen Verhältnisse in den Bereich ihrer Ausführungen zogen. Im Schlußwort setzte sich Kollege Runkler mit den Debatterendern, speziell der Opposition, auseinander, wie stets in mannhafter Weise für seine Auffassung und die des Gauvorstandes eintretend. Eine Entlassung Weikard betreffend „Verat des NSDAP und der SPD durch Tolerierung der Brüning-Regierung“ wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die namens der Revisionskommission beantragte Entlastung des Gauvorstandes wurde gegen wenige Stimmen genehmigt. Kollege Jensen erklärte zu seinen Anträgen, daß die Zeit für diese noch nicht reif sei, weshalb er sie zurückziehe. Nachdem noch ein Antrag des Kollegen Schmidt abgelehnt worden war, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Nieder mit dem Marxismus!

Die herrschende Gesellschaft benötigt zur Aufrechterhaltung ihrer Macht gegen die Unterdrückten und Bedrückten eine Reihe von geistigen Schreckgespenstern, um die wahren Ursachen der Not und des Elends der letzteren zu verschleiern. Das heutige Bürgertum hat im Kampf gegen die Arbeiterklasse eine Reihe von Schlagworten geprägt, zu denen auch das von der „Überwindung des Marxismus“ und des „Materialismus“ gehört. Der Nationalsozialismus als Sammelpunkt aller kleinbürgerlichen Elemente hat diese Schlagworte übernommen. So heißt es in einem Flugblatt der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ u. a.: „Nieder mit dem Marxismus!“ Noch deutlicher wird der Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder in seiner Schrift „Was will Adolf Hitler?“, wenn er sagt: „Unser antimarxistischer Kampf richtet sich gegen die staatszerstörende Lehre des Juden Karl Marx, gegen die das Volk zerreißende Lehre vom Klassenkampf, gegen die wirtschaftsvernichtende Lehre der Verneinung des Privateigentums und gegen die rein ökonomische materialistische Gesellschaftsauffassung.“

Der Kampf der Arbeiterklasse kann nicht nur ein wirtschaftlicher und politischer, sondern muß auch ein geistiger sein. Die Masse kommt zum großen Teil aus dem Gefühl heraus zur Arbeiterbewegung. Mit dem Gefühl allein ist es aber nicht getan. Wir haben die Aufgabe, den Verstand zu wecken. Den Kampf der Arbeiterklasse aus der geschicht-

lichen Entwicklung verstehen zu lernen, ist unsere Aufgabe als Gewerkschaftler.

Die bürgerliche Gesellschaft benutzt die Geschichte als ein Machtmittel, um über die Massen zu herrschen. Nicht umsonst ist das Wort „von den großen Männern“ geprägt worden. Der Masse mußte ein Ideal gegeben werden, an dessen Kraft sie glaubt: das Bidentum irgendwelcher Fürsten und Staatsmänner. Diese werden uns als die treibenden Kräfte in der Geschichte hingestellt. Wie kann es auch anders sein? Im Produktionsprozeß sehen wir die großen Fabriken mit ihren Arbeitsmassen im Besitz einiger weniger Unternehmer, die wieder ihren Stab von Direktoren, Ingenieuren usw. unterhalten. Diese wenigen Unternehmer herrschen nicht nur wirtschaftlich durch den Besitz der Produktionsmittel, sondern auch geistig durch die Schulen, Universitäten usw. Die Frage der Schulbildung ist eine Frage des Besitzes. Der arbeitenden Masse darf nur ein bestimmtes Quantum von Wissen zugänglich gemacht werden, während auf der andern Seite der herrschenden Klasse und ihren Organen alle Bildungsmöglichkeiten offen stehen. Diese geistige Vorherrschaft muß der Masse beigebracht werden: Die Geschichte ist ein Mittel zum Zweck in dieser Beziehung. „Der Geist beherrscht die Materie“, sagt uns das Bürgertum.

Die klaffenbewußte Arbeiterklasse hat sich allmählich von der Gedankenswelt des Bürgertums freigemacht. Sie hat sich eine neue Weltanschauung geschaffen. Es war ein mühevoller Weg, den der Sozialismus von der Utopie zur

Wissenschaft gehen mußte. Namen wie Robert Owen, Saint Simon, Feuerbach und Hegel sind Etappen auf diesem Weg. Erst Marx und Engels war es vergönnt, die Grundpfeiler für die neue Lehre zu schaffen, die Gesetzmäßigkeit der Erscheinungen, welche für die Naturvorgänge erkannt war, auf die Geschichte der menschlichen Gesellschaft zu übertragen. Der historische Materialismus wurde begründet, jene Gesellschaftsauffassung, die dem Proletariat zu eigen ist. Karl Marx hat in seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ in kurzen, markanten Sätzen die große Linie der Betrachtungsweise des historischen Materialismus aufgezeigt. Den Nachfolgern von Karl Marx, wie Mehring, Gorter, Cunow und Karl Kautsky, blieb es vorbehalten, den historischen Materialismus anzuwenden und ihn der Masse verständlich zu machen. Die Betrachtungsweise der neuen Lehre setzte sich immer mehr durch und wurde auch für andere Gebiete, wie Religion, Erziehung, Kunst usw., angewendet. Selbst bürgerliche Soziologen, wie Müller-Lyer und Mar Weber, und der konservative Geschichtsschreiber Hans Delbrück bedienten sich ihrer, ja, die Werke des Erstgenannten haben der Arbeiterklasse unentgeltliches Rüstzeug für den geistigen Befreiungskampf geliefert. Damit soll nun nicht gesagt werden, daß wir an Marx und Engels kritiklos vorüberzugehen haben, daß sie uns in ein starres Dogma zwingen, nein, vieles, was sie geschrieben, ist durch die neueste Forschung überholt — denken wir nur an Engels' Werk „Der Ursprung der Familie, des Staates und des Privateigentums“. Doch der historische Materialismus ist

Kaiserslautern. Unsere Bezirksversammlung am 6. März wies einen guten Besuch auf. Einleitend wurde das Andenken zweier verstorbenen Kollegen geehrt. Geschäfts- und Kassenbericht wurden ohne Debatte entgegengenommen. Anschließend referierte Gewerkschaftssekretär Dr. Kemmter über „Freisbildung und Wirtschaftskrisis“. In sachlicher und überzeugender Weise zeigte der Referent zunächst Ursachen und Merkmale der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf, die nicht nur nationaler Art sei, sondern sich heute über die ganze Welt erstreckte. Die Ursache, daß das Vermögen des deutschen Volkes während des Krieges zum größten Teil verpulvert wurde, hatte in Deutschland nach Beendigung des Krieges eine große Kapitalflucht im Gefolge. Diese wirkte sich für die deutsche Arbeiterklasse in größerer Erwerbslosigkeit aus, die noch dadurch gesteigert wurde, daß der deutsche Arbeiter während der nachfolgenden Inflationszeit infolge seines geringen Verdienstes nicht in dem Maße als Konsument auftreten konnte, wie es zur Belebung der Wirtschaft notwendig gewesen wäre. Aus diesem Grund kann auch die Senkung des Arbeitslohnes, wie sie seit Jahresfrist in Deutschland betrieben wird, und in seinem Verhältnis zu ihr stehende Preissteigerung nicht das Mittel sein, die Kaufkraft der breiten Massen zu heben, um so eine Besserung der Wirtschaftslage herbeizuführen, um so weniger, als das Ausland durch Schutzzölle darauf reagiert. Deshalb müßte sich die Arbeiterklasse gegen jede Preissteigerungstaktik zur Wehr setzen. Der Redner gab seiner Überzeugung dahingehend Ausdruck, durch eine Hebung der Preise auf internationaler Grundlage die Produktion wieder anzukurbeln, und so zu einer Verminderung des Arbeitslosenheeres zu gelangen. Dem Redner wurde für seine Ausführungen reichlicher Beifall zuteil und vom Vorsitzenden der Dank der Versammelten zum Ausdruck gebracht. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Vereinsangelegenheiten.

Koblenz. Am 24. Februar fand hier die Jahreshauptversammlung unseres Bezirks statt, die sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. Nach kurzen Begrüßungsworten des stellvertretenden Vorsitzenden Elsner erstreckte der Kollegenführer „Gutenbergs“ Koblenz die Verlesung mit dem Buchdruckerführergesetz und zwei kleinen Volksliedern. Den Jahresbericht erstattete Kollege Elsner. Er besprach insbesondere die Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Abbau der Leistungslagen und die durch die Notverordnungen hervorgerufenen Situationen. Bei einem Mitgliederbestand von 463 am Schlusse des Jahres 1931 waren über 170 arbeitslos. In fast allen Betrieben des Bezirks sei Kurzarbeit eingeführt; wenn sie noch größere Ausmaße annehme, sei es fast zwecklos, noch zu arbeiten, denn bei dem fargen Verdienst sei es kaum denkbar, eine Familie bei den bestehenden Ansprüchen zu ernähren. Die Lohnabbaubestrebungen seien im Bezirk nicht so sehr in die Erscheinung getreten; in einigen Fällen konnte durch die Gefühlsheftigkeit der Gehilfenklasse die Leistungszulage erhalten bleiben. Sodann kam Kollege Elsner auf die Notverordnungen zu sprechen, wodurch die sozialen Einrichtungen hart betroffen wurden. Mit dieser Materie voll vertraut, konnte er der Versammlung ein getreues Bild von den eingetretenen Verschlechterungen geben und alles Wesentliche zur Kenntnis bringen. Er dankte am Schlusse allen Funktionären für die im vergangenen Jahr geleistete überaus große Arbeit, insbesondere aber dem Bezirksführer Hugo Zugenstein. Beim Kassenbericht, der gedruckt vorlag, wurde dem Kassierer Zugenstein für die musterghültige Führung einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes ergab einige Veränderungen in der Besetzung. An Stelle des bisherigen, freiwillig zurückgetretenen ersten Vorsitzenden Peter Neu wurde der stellvertretende Vorsitzende Zeaen gewählt. An dessen Stelle trat Kollege Hermann Brasel. Die übrigen Vorstandsstellen blieben in den bisherigen Händen, mit Ausnahme eines Stellvertreters, der neu gewählt wurde. Der Bezirksbeitrag wurde in der bisherigen Höhe beibehalten. Den auswendigen erwerbslosen auswärtigen Kollegen wurden je 1,50 M. und den einheimischen je 1 M. als Gehalt bewilligt. Am Schlusse der Versammlung freilich Kollege Elsner kurz die gegenwärtige politische Lage; er ermahnte die Mitglieder, treu zur Organisation zu stehen, um den kommenden Ereignissen gewappnet entgegenzutreten zu können, und schloß mit einem Hoch auf den Verband die in allen Teilen gutverlaufene Versammlung.

Seipitz. Unsere außerordentliche Hauptversammlung am 11. Februar nahm Stellung zur dies-

jährigen Vorstandswahl. Kollege Hesselbarth begrüßte den Vorschlag des Geworstandes, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen schwierigen Verhältnisse in diesem Jahr von den Vorstandswahlen abzusehen. Nach einigen Einwendungen oppositioneller Kollegen wurde der Vorschlag des Geworstandes mit übergroßer Mehrheit zum Beschluß erhoben. Nachdem referierte Professor Fritz Klitzing (Frankfurt a. M.) über das zeitgemäße Thema „Droht uns ein ökonomischer Weltuntergang?“ Er begann seine Ausführungen mit einer Unterdrückung der Krisenmöglichkeiten. Diese Krise ist kein Gewitter, das hereinbricht, sondern ein Erdbeben, das erstet. Wäre es eine Konjunkturkrise, so könnten wir uns der Hoffnung hingeben, daß automatisch eine Besserung eintritt. Diese Krise ist aber keine Konjunkturkrise, sondern aus einem veränderten Wirtschaftsraum entstanden. Es ist eine Strukturkrise. Sie wird nicht verschwinden. Der Wirtschaftsraum hat sich in dreifacher Weise verändert: 1. durch die Enteuropäisierung, 2. die Nationalisierung und 3. die Monopolisierung. Das erste, was sich entscheidend geändert hat, ist die Enteuropäisierung. Bis zum Ausbruch der Krise lebten wir im Zeitalter des Imperialismus. Dieses Zeitalter ist mit und durch den Krieg zu Ende gegangen. Jetzt leben wir im Zeitalter der Entkolonisation. Nach einer Schilderung des ökonomischen Weltbildes der Vorkriegszeit folgte eine eingehende Darlegung des veränderten Wirtschaftsraumes. Eine ebenso glänzende Erläuterung erliefen die anderen entscheidenden Punkte, das heißt die Nationalisierung und die Monopolisierung. Was uns heute am stärksten beschäftigt, sind die Heilungsmöglichkeiten der Krise. Aber wie es über den Sündenpfad Irdischer gibt, so gibt es auch wirtschaftliche Irdischer, und die heißen Sowjetdeutschland und Hitlerreich. Doch weder der Sowjetstern noch das Hitlerreich kann uns eine Rettung bringen. Andre Irdischer sind die Bestrebungen nach einer wirtschaftlichen Autarkie, wie sie von der Harzburger Front vertreten werden, und die Inflation. Doch die Inflation ist der schändlichste aller Lohrräuber. Vier Dinge sind entscheidend in der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, wobei wir uns klar sein müssen, daß der Inlandmarkt unser Schicksal sein wird: 1. Dem Lohnabbau muß Einhalt geboten werden; 2. der Hochschulzoll muß verschwinden, wir müssen heraus aus dem Ghettopolitikismus; 3. wir müssen übergehen zu einer planmäßigen Regulation der Wirtschaft, wir brauchen eine Produktionskontrolle; 4. müssen wir bemüht sein um die Herstellung des politischen Vertrauens sowohl nach innen als auch nach außen. Wir müssen der Welt den Glauben geben, daß Deutschland kein Feind ist. Der Theaterdonner, der um den Youngplan gemacht wird, ist sehr verhängnisvoll. Die politische Unsicherheit bringt uns jeden Tag neue Arbeitslosigkeit. Diese zu bannen ist Voraussetzung für eine wirtschaftliche Gesundung. Langanhaltender Beifall folgte den mit großer Aufmerksamkeit und sichtlichem Interesse aufgenommenen Ausführungen. In der Aussprache bemängelte Kollege Hempel die Darlegungen zur Frage der Nationalisierung und die Stellungnahme des Referenten zu Sowjetrußland. In seinem Schlusswort betonte Professor Klitzing, daß zur Zielgläubigkeit das Wissen kommen müsse über die Atomenergie, die zum Ziel führten. Unsere vornehmste Aufgabe im Augenblick sei es, dem Irzinn entgegenzutreten, der in Nationalsozialismus seinen Ausdruck findet. Dieser Gefahr die „Eiserne Front“ entgegenzustellen, ist jetzt die beste Politik. Starker Beifall dankte nochmals dem Referenten und war gleichzeitig ein Zeichen bester Abereinigung. Der „Vereinsbericht“ wurde wegen der vorgezogenen Zeit bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. — Die G a m i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g am 22. Februar nahm zuerst den Vereinsbericht entgegen. Kollege Hesselbarth berichtete, daß die Arbeitsmarktfrage mit 2600 Arbeitslosen in den letzten Wochen stabil geblieben wäre. Erwähnung fanden eine Reihe neuer Teilstilligungsangelegenheiten einiger mittlerer Druckereien und die wiederholten Leistungslohnabbauversuche, unter besonderer Darlegung des Falles Spamer. Mitgeteilt wurde der Verlauf des Tiefdruckstreiks, der Ausbruch eines Kollegen wegen seiner Zugehörigkeit zur NSD, und die Bestrebungen der Unternehmer, die Kostgebühren der Lehrlinge zu kürzen bei Schulbesuch und bei Kurzarbeit. Zum Schlusse wurde noch auf die Bildung der Hammerstädter für das Graphische Kartell in der „Eiserne Front“ verwiesen und zur stärksten Beteiligung aufgefordert. In der anschließenden Aussprache wurden eine ganze Reihe der angeschnittenen Fragen behandelt und einige oppositionelle Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt. Am Schlusse an diesen Tagesordnungspunkt wurde Stellung

genommen zur Kündigung des Manteltarifs. Kollege Hesselbarth begründete die Vorschläge des Geworstandes, die daraufhin fast einstimmig angenommen wurden. Eine ganze Reihe anderer Anträge wurden nach ihrer Begründung durch die Antragsteller von der Versammlung abgelehnt. **Münster i. W. (Maschinenleger.)** Unsere Generallerversammlung am 6. März erstreckte sich nicht gerade des besten Besuchs. Aus dem Bezirk waren Füllmen und Delbe vertreten. Das Geschäftliche fand schnell und glatte Erledigung. Der Kassenbericht des Kassierers Zogg gab zu Erinnerungen keinen Anlaß. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt und besonderer Dank ausgesprochen für seine zehnjährige mühselige Arbeit im Interesse der Sparte. Ebenfalls auf eine zehnjährige Amtstätigkeit können zurückblicken: Vorsitzender Zütte und Revisor Hürländer. Auch ihnen wurde mehrfacher Dank für ihre jahrelange uneigennützigte Spartenarbeit ausgesprochen. Aus dem alles erscheinenden Jahresbericht des Vorstandes sei erwähnt, daß die Vereinigung im Jahre 1931 auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken konnte. Unsere Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 64. Die Zahl der arbeitslosen und verkürzt arbeitenden Mitglieder stieg ständig. Auch der Abbau der Leistungszulagen erfolgte in verstärktem Maße. Der Jahresbericht rief eine lebhafteste Ausprache hervor. Kollege Thoß gab hierauf einen kurzen prägnanten Bericht über die Generalversammlung der Gauvereinigung der Maschinenleger Rheinland-Westfalens in Düsseldorf, der beifällig aufgenommen wurde. Einstimmig wurde beschloffen, den Spartenbeitrag von monatlich 75 Pf. auf 60 Pf. herabzusetzen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, bis auf einen Beisitzer, der neu gewählt wurde. Die angeregte Wahl einer Technischen Kommission wurde der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung verschoben.

Dipladen. Mit großer Freude über das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder mit ihren Damen und den besonders eingeladenen Gästen eröffnete Vorsitzender Hamhöfen unsere Versammlung am 27. Februar. Insbesondere begrüßte er den Referenten des Abends, Herrn Landrat Trimborn, sowie den Bezirksvorsitzenden, Kollegen Janßen (Köln) und Kollegen Werner von der Lehrlingsabteilung Köln. In ausführlicher Weise behandelte Herr Trimborn das leider viel zu wenig beachtete Thema: „Warum Weimarer Reichsverfassung?“ Aufmerksamkeit folgte die Verlesung des Vortrages und dankte durch starken, anhaltenden Beifall. Die Besonderheit dieses Abends war damit nicht erschöpft. Ein Jahr ist's nun her, daß unter vielen Mühen und Schwierigkeiten der Ortsverein für seine Lehrlinge und arbeitslosen Kollegen zu ihrer beruflichen Fortbildung einen Schriftkurs eröffnete. Die zahlreichen und muttergütlich hergestellten Arbeiten, die ausgestellt waren, zeugten von großem Fleiß. Die Ausstellung fand demgemäß allseitige Anerkennung. Auch Landrat Trimborn und Kollege Janßen äußerten sich in lobenden Worten über dieses unerwartete Ergebnis jugendlichen Bildungstrebens und ermunterten zu weiterer Schaffen. Nachdem Kollege Werner den Mitgliedern und Gästen erklärend das Ausstellungsmaterial gezeigt hatte, legte eine lebhafteste Diskussion über die Neubelebung unser Ortsgruppe des Bildungsverbandes. Allseitig wurde mehr Aktivität auf diesem Gebiet verlangt. Eine besondere Verlesung soll zu diesem Zweck baldigst einberufen werden. Die Ortsgruppe des Bildungsverbandes hat als Anerkennung für vorzügliche Arbeiten verschiedene Lehrlinge mit einer Prämie bedacht. Dem Leiter des Kuriums, Kollegen Werner, auch an dieser Stelle unsern herzlichsten Dank. Einige Stunden gefelligen Beisammenseins bei Frohsinn und Tanz bildeten den Ausklang dieses harmonisch verlaufenen Versammlung.

Donauwörth. (Handgießer.) In unserer Generallerversammlung am 25. Februar berichtete Vorsitzender Theers zunächst über die Vorstandskonferenz in Hannover. Anschließend daran gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Kassenbestand war am Jahreschlusse zufriedenstellend. 80 Mitglieder sind dem Kreis unserer Vereinigung angegeschlossen. In der Diskussion nahm die Lehrlingsfrage einen besonderen Raum ein. Lehrlingsleiter Telämpfer bat die Gehilfenklasse, auf einen besseren Besuch der Lehrlingsveranstaltungen durch die Lehrlinge zu achten. Hervorgehoben wurde vom Lehrlingsleiter die gute Ausbildung der Lehrlinge in den hiesigen Druckereien. Kollege Abes erklärte, daß vom Gauausschuß in Kürze darauf hingewiesen würde, das Fachrechnen in der hiesigen Berufsschule einzuführen. Bei der darauf folgenden Vorstandswahl wurde der Gesamtvorstand durch Abstimmung einstimmig wiedergewählt. Unter „Beschiedenem“ wurde dem Vorsitzenden auf das vierjährige Bestehen der Handgießervereinigung hingewiesen. Ein Lichtbildvortrag: „Jepplings Weltreise“, gab der Versammlung einen willigen Schluß.

Saarbrücken. (Maschinenleger.) Unsere Generallerversammlung hatte keinen allzu großen Zuspruch, was in der hier herrschenden Lohnabbauzeit unverstehlich ist. Kollege L. Stuber gab den Geschäftsbericht. Wir hier im Saargebiet haben sehr unter Wirtschaftskrisis, Jollabgaben und Erwerbslosigkeit im Bezug zu leiden. Im Mai mühten wir einen Lohnabbau hinnehmen und jetzt stehen wir wieder in einer Abwehrstellung gegen einen neuen Lohnabbauversuch. Im Gau befinden sich in 25 Betrieben 85 Schmalmaschinen mit 110 Gehern. 94 gehören der Sparte an, 100 sind Verbandsmitglieder. Die Kasse schloß mit einem Bestand von 3018 Fr. ab. Die bisherigen Vorstandsmitglieder verzichteten auf eine Wiederwahl. Neugewählt wurden u. a. K. Weber als erster Vorsitzender und K. F. u. K. als Kassierer. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Saarbrücken gewählt.

Sz. Sleswig. Nach längerer Zeit fand man wieder ein beruflich-sachliches Thema auf der Tagesordnung unserer Versammlung: „Altes und Neues von der Typographie“. Referent war der Kollege H. F. Jürgens (Flensburg). Er verlas, im Zusammenhang mit dem guten Bild- und Vortragenmaterial, das neben dem Flensburger zum Teil sogar östlichen Charakter trug, seinem etwa einstündigen Lichtbildvortrag eine konstruktive und aufbauende Tendenz zu geben; sicher wird daher der zwar kleine, aber dafür aufmerksame und interessierte Zuhörerkreis seinen präzis Ausführungen manches für die tag-

Beherrschung. Die geistige Abhängigkeit der Masse von den in der Gesellschaft wirkenden Kräften, welche bisher unerkannt waren, hat aufgehört. Die organisierte Arbeiterklasse hat erkannt, daß sie ihre Lage ändern kann. Die wissenschaftliche Erkenntnis zeigte der Arbeiterklasse die Richtung, in der sich die weitere gesellschaftliche Entwicklung bewegt. Die Geschichte wurde für die Arbeiterklasse Lehrmeisterin und Wachttitel zugleich, denn die Kenntnis des geschichtlichen „Gestern“ in seinen Zusammenhängen lehrte sie die Gegenwart verstehen und daraus Schlüsse für die Zukunftarbeit ziehen.

Was bietet uns nun der Nationalsozialismus an geistiger Arbeit? Weiter nichts als Schlagworte und einige Redensarten. So sagt Feder in der bereits genannten Broschüre: „Der schöpferische, erdverwurzelte und doch wiederum die Welt in überfinstlichem Erleben überwindende Geist findet seinen hauptsächlichsten Träger im arischen Menschen; — der raffende, wurzellose, rein auf das Diesseitige gerichtete, händlerisch materialistische Geist seines hauptsächlichsten Vertreters im Juden.“ Deshalb darf sich die Arbeiterklasse durch solche Schlagworte, wie „Nieder mit dem Marxismus!“, nicht fangen lassen, sondern muß versuchen, den Marxismus als Weltanschauung für den Kampf der Arbeiterklasse anzuwenden, ihn als Machtmittel zu gebrauchen, indem sie die Betrachtungsweise des Bürgertums ablehnt und die geschichtlichen Einzelvorgänge in den großen Zusammenhängen der Menschheitsgeschichte aufzeigt. **K i c h a r d K u n z e (Rotsdam).**

geblieben. Neue Gedanken sind durch die Forschungsergebnisse der letzten Jahre in die Wissenschaften getragen worden, neue Theorien wurden aufgestellt, viele Fragen konnten geklärt und manches Gebiet konnte ergänzt werden. Doch die Methode des historischen Materialismus, die Art der Forschung und ihre Betrachtungsweise, ist geblieben.

Der historische Materialismus stellt das bürgerliche Denken gewissermaßen auf den Kopf. Das Bürgertum sagt: „Der Geist beherrscht die Materie!“ Der historische Materialismus dagegen sagt: „Auch der Geist ist zum großen Teil von der Materie abhängig!“ Das heißt nicht, daß die ganze Welt nur ein mechanisch bewegter Stoff sei, dem keine Lebendigkeit innewohnt, daß die „flürenden Geister“ in der Geschichte keinen Einfluß auf die Geschehnisse im Leben der Völker ausüben, sondern auch der historische Materialismus erkennt an, daß begabte Köpfe in der Geschichte eine Rolle spielen, eine Bewegung vorwärts treiben, ihre Form und Inhalt geben können (Lassalle, Bebel). Der historische Materialismus sagt aber weiter, daß genannte Personen in ihrem Handeln von tieferen Ursachen abhängig sind, die sich uns als wirtschaftliche Verhältnisse, als Produktionsverhältnisse, als Eigentums- und Klassenverhältnisse offenbaren. Der historische Materialismus öffnet der Arbeiterklasse den Blick in die Gesetzmäßigkeit der menschlichen Gesellschaft, lehrt die Kräfte erkennen, die dem Menschen sein Handeln in der Gesellschaft vorschreiben, führt also zur Kenntnis der Gesellschaftskräfte und zu ihrer

liche Praxis entnommen haben. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung gab der Vorsitzende unter anderem bekannt, daß die Kollegen Suhr und Wengler, letzterer Invalide, am 7. Februar d. J. auf ein 40jähriges Jubiläum zurückblicken konnten. Dem Kassierbericht, den Kollege Zimmerman in Vertretung des Kassierers gab, war eine weitere erfreuliche Entwicklung der Finanzen zu entnehmen. Den Kartellbericht gab in üblicher Weise der Kartellbeauftragte, Kollege Kohlenberg. Über die Arbeit in der Lehrlingsabteilung im Jahre 1931 berichtete Kollege Zelle. Der anschließend seiner Bericht durch einige Fotos aus dem Leben der Lehrlingsabteilung auf der Leinwand illustrierte und ergänzte. Dann sprach Vorsitzender G. Bitters noch über Manteltarifrevision und damit zusammenhängende Einzelfragen und gab der festen Hoffnung Ausdruck, daß der Verbandsvorstand alles tun werde, um die Verhandlungen zu einem guten Abschluß zu bringen; ferner sprach er über die „Eiserne Front“, die Stellung der Gewerkschaften, über die Reichspräsidentenwahl und forderte alle Kollegen auf, sich für die Wiederwahl des bisherigen Reichspräsidenten einzusetzen.

Schöpfstein-Zell. Am 27. Februar hielt unser Ortsverein seine Generalsammlung ab, die sehr gut besucht war. Zunächst wurde das Andenken des verstorbenen Gauvorsitzers, Kollegen Sandfort, geehrt. Der Jahresbericht des Vorsitzenden Brodmann war insofern nicht erfreulich, als er vom vorliegenden Jahr nur über Verbesserungen berichten konnte. Infolge der überaus großen Zahl von durchreisenden Kollegen sind wir leider gezwungen, nur noch an Ausgewählte Briefkasten zu zahlen. Die Wahl ergab einstimmige Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder. Anschließend wurde die Kündigung des Manteltarifs und hierzu zu stellende Anträge besprochen. Mäßig angeregter Aussprache über Verbandsangelegenheiten, wobei der Beitrag einer kritischen Beleuchtung unterzogen wurde, und verschiedenen Mitteilungen fand die Versammlung ihren Abschluß.

Stuttgart. (Maschinenf. u. s. w.) Am 28. Februar fand hier die Generalsammlung unserer Gauvereinigung statt. Die Versammlung war von den delegierten Kollegen sowie Vertreter der übrigen Sparten und des Gauvorstandes anwesend. Nach Erhebung der verstorbenen Kollegen brachte Vorsitzender Kohlenberg in seinen geschäftlichen Mitteilungen eine Notiz aus der „Zeitschrift“ zur Kenntnis, wo wieder einmal, amerikanische Stundenleistungen von 10 000 bis 14 000 Buchstaben als Durchschnitt bezeichnet wurden. Auch vor den letzten Tarifverhandlungen wurde mit ähnlichen Argumenten operiert, trotzdem allgemein bekannt sein dürfte, daß in Deutschland in bezug auf Qualität usw. ganz andere Ansprüche gestellt werden und amerikanische Druckerzeugnisse in Deutschland nicht in allem als Vorbild dienen können. Der Bericht über das Jahr 1931 lag gedruckt vor, so daß sich der Vorsitzende auf einige Ergänzungen beschränken konnte. Das traurige Kapitel des Abbaues der Leistungszulagen wurde ebenfalls berührt, wobei an die Einigkeit der Kollegen appelliert wurde. Es wurde gefordert, daß Lehrlinge nicht an der Sehmaßchine ausgebildet werden sollen, denn gerade im letzten halben Jahrzehnt sei der Jungvolle durch die Vorbereitungen auf die Gehilfenprüfung voll in Anspruch genommen. Nach dem Kassienbericht des Kollegen Döbele folgte der Bericht des Kollegen Berner über die Tätigkeit der Technischen bzw. der Berechnerkommission. Er schilderte hierbei eindringlich den Wert der Weiterbildung für die Kollegen. Die starke Sprachschwäche der Berechnerkommission in der heutigen Zeit sei sehr wohl begründet, denn vielerorts würden wesentlich höhere Leistungen verlangt, um dann durch Kurzarbeit weiteren starken Lohnabbau zu betreiben. Hierauf folgte ein Referat unfes Gauvorsitzers Kelle über „Organisatorische und tarifliche Fragen“, in dem er den Wert der Organisation in der heutigen Zeit und das Vertrauen zu ihr behandelte. In seinem Schlußwort ging der Vorsitzende auf die in der Aussprache gestellten Fragen ein, ebenso auf das Referat des Kollegen Klein, dabei betonend, was die Maschinenf. von den Tarifverhandlungen erwarten bzw. nicht erwarten. Durch einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes als auch der Technischen bzw. Berechnerkommission war dieser Tagesordnungspunkt rasch erledigt. Der Antrag des Vorstandes, die diesjährige Wanderversammlung in Verbindung mit einer Feier des 40jährigen Bestehens des Maschinenf.vereins für den Gau Württemberg in Stuttgart abzuhalten, wurde von der Versammlung angenommen. In seinem Schlußwort machte der Vorsitzende wiederholt auf das Propagandamaterial der Sehmaßmaschinenfabrik Typograph und Intertype aufmerksam, ebenso auf die vom Kollegen Müllig (Stuttgart) konstruierte und ausgestellte Zweifach-Deutsche, durch die jede Unfallgefahr aus dem Auge beseitigt sei. Auch die Matzereinigungsmaschine „Matra“ konnte besichtigt werden. — Der Nachmittag war in den Räumen des Metallarbeitervereins der Geselligkeit und Pflege der Kollegialität im Kreise der Familienangehörigen gewidmet. Durch Prämiierung der besten Witze und Anekdoten kam der Humor reichlich zur Geltung, und mancher Kollege wird beim Lesen dieser Zeilen ein vergnügtes Schmunzeln nicht unterdrücken können.

Fier. Unsere Jahreshauptversammlung am 28. Februar hatte einen überaus zahlreichen Besuch aufzuweisen. Zur Eröffnung trug der Wämmerger, „Graphia“ wirkungsvoll den Tendenzdorn, „Das heilige Feuer“ von G. W. Abmann vor. Eingangs der Tagesordnung widmete Vorsitzender W. Herzig einem verstorbenen invaliden Kollegen Worte ehrenden Gedenkens. Einige geschäftliche Mitteilungen wurden ohne Diskussion verabschiedet. Dem Aufruf des Verbandsvorstandes durch den „Korr.“ bzw. des DGB, zur Bildung der „Eiserne Front“ folgten, nahmen die Kollegen großen Anteil bei einer impopulanten Kundgebung in der städtischen Turnhalle. Wegen den Kassienbericht, der gedruckt vorlag, wurden Einwendungen nicht erhoben. Dem Kassier, Kollegen Kellmann, wurde einstimmig Entlastung erteilt. Von recht wenig Ereignissen konnte Kollege W. Herzig in seinem Jahresrückblick berichten. Entlassungen, Kurzarbeit, Lohnabbau usw. waren an der Tagesordnung. Kollege Kellmann beleuchtete in gewohnter Weise die Finanzlage der verstorbenen Geschäftsjahre. Es war wohl das ungünstigste aller vorausgegangenen Jahre. Die Begleit-

umstände der vier Noterordnungen haben auch bei uns im Buchdruckgewerbe verheerende Wirkungen erzielt. Einen lebhaften Aufschwung innerhalb der Lehrlingsabteilung konnte durch deren Leiter verzeichnet werden. Der Bericht vom Ortsausflug fand eingehende Würdigung. Der Punkt „Vorstandswahlen“ ergab bis auf drei Beisitzer, die ihre Wiederwahl ablehnten, die alte Besetzung. Kollege Fehle, der vorübergehend die Wahlen leitete, dankte im Namen der Kollegenschaft dem Vorstand, den Funktionären, Kartelldelegierten und Revisoren für ihre im Vorjahr geleistete Arbeit. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung.

Triberg-St. Georgen-Hornberg. Unsere Generalsammlung war im Gegensatz zu den sonstigen Versammlungen sehr lehrreich besucht. Kaum die Hälfte der Kollegen war anwesend. Aus dem Jahresbericht konnte festgehalten werden, daß wir bis jetzt noch verhältnismäßig wenig Arbeitslose haben. Ob diese erfreuliche Tatsache aber Befehlen überleihen wird, ist sehr zweifelhaft, wenigstens spricht die in St. Georgen gegen Ende des Jahres beantragte Betriebsstilllegung nicht dafür. Auch sind Kurzarbeit und Leistungsabbau im Schwarzwald keine unbekanntes Dinge geblieben. Die folgenden Neuwahlen fanden rasche Erledigung, da der gesamte Vorstand wiedergewählt wurde. Durch die langjährig liegende Fragelegenheit bei Versammlungen ist Hornberg aus unsern Ortsverein ausgesparten. Der Name wurde nun geändert in St. Georgen-Triberg. Für die neu ansetzenden Druckmaschinen wird innerhalb des Ortsvereins ein Wettbewerb veranstaltet, wobei kleine Preise ausgesetzt sind. Die Kollegen werden gebeten, sich zahlreich an diesem Preisausreiben zu beteiligen.

Weida i. Thür. Am 28. Februar fand hier eine Teilbezirkssammlung für die Orte Luma, Münschenbornsdorf, Triptis, Münschenbornsdorf und Weida statt. Aus allen Orten waren Gesellen bzw. Lehrlinge vertreten. Bezirksvorsitzender Kante (Gera) erstattete Bericht über die Bezirksvorsitzendenkonferenz und hielt einen Ausblick auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen. Anschließend berichtete Kollege Strobel (Weida) über die Lehrlingsleiter- und Fachauschussmitgliederkonferenz in Weimar. Sodann hielt Kollege Geist (Gera) einen aktuellen Vortrag über „Wirtschaftliche und technische Wandlungen im Buchdruckgewerbe“. Die Besprechungen hörten alle Ausführungen interessiert an und beteiligten sich lebhaft an den Aussprachen.

Allgemeine Rundschau

Gehilfenprüfung. Der Gehilfenprüfung unterzogen sich im Südbzirk Pflauen des Gewerbetammerbezirks Plauen zu Ostern 1932 29 Prüflinge — 16 Seher- und 13 Druckerlehrlinge — aus den Druckorten Auerbach (2), Bad Elster (1), Markneudorf (1), Delnsitz (2), Plauen (19), Reichenbach (3) und Treuen (1). Unter diesen befanden sich je ein Seher- und Druckerlehrling, die wegen Nichtbestehens der Gehilfenprüfung Ostern 1931 diese wiederholten. Die Prüfungen fanden am 21. und 29. März in den Räumen der städtischen Gewerkschaft zu Pflauen statt. Die Prüfungsaufgaben für die Seher bestanden im Satz einer Werkseite im Format Din C5, des dazu gehörigen Titels und einer zweifarbigen Katalogseite im Format Din A 4. Von den Druckern war die Zurechtigung und der Druck je einer Wert-, Illustrations- und Abkürzungsverzeichnis. Werkseite und Illustrationsform waren in der Buchdruckermetzlerf. der städtischen Gewerkschaft unter Aufsicht von Mitgliedern der Gehilfenprüfungskommission anzufertigen. Die theoretische Prüfung umfaßte einen Aufsatz (Thema für die Seher: Die Herstellung meiner Katalogseite, für die Drucker: Die Herstellung meiner Werkform), eine Nachschrift, die Ausfüllung eines fachspezifischen Fragebogens, Fachfragen, Ausfüllen von verschiedenen Formaten sowie mündliche Auslegung über allgemeine Bildungsfragen. Außerdem wurden die praktischen Gehilfenprüfungsarbeiten einer Besprechung unterzogen. Das Gesamtergebnis der Prüfung war: Von den 16 Sehern erhielten im Praktischen 9 die Note Gut, 7 die Note Genügend; im Theoretischen 13 die Note Gut und 3 die Note Genügend. Von den 13 Druckern bekamen im Praktischen 7 die Note Gut, 5 die Note Genügend, einer die Note Ungenügend; im Theoretischen 8 die Note Gut, 4 die Note Genügend und einer die Note Ungenügend. Es haben somit 28 Prüflinge die Gehilfenprüfung bestanden, während ein Prüfling (Drucker) die Prüfung nicht bestanden hat. Eine nachfolgende Sitzung wird die Verantwortlichkeit festzustellen und die weiteren Maßnahmen gemäß der Gehilfenprüfung anzuordnen haben. — Im Unterraum zu Pflauen ist ein Fachauschuss für das Buchdruckgewerbe im Bezirk der Handwerkerkammer Frankfurt a. d. D. unterzogen sich der Gehilfenprüfung 17 Seherlehrlinge, 13 Drucker, ein Tiegeldrucker, ein Schweizerdegen, 2 Stereotypen; davon bestanden 2 mit Gut, 11 mit Fast gut, 20 mit Genügend; ein Prüfling bestand die Prüfung nicht. Die Prüfungen fanden am 14., 16. und 21. März in Kottbus statt. Neben einigen vorzüglichen Leistungen war der größte Teil guter Durchschnitt. Leider waren auch einige recht schwache Resultate zu verzeichnen, die aber auf nicht genügende Ausbildung in der Vordruckerei zurückzuführen sind. Es wird zu prüfen sein, ob einigen Firmen in unserm Bezirk noch die Ausbildung von Lehrlingen gestattet werden darf. — An den diesjährigen „Gehilfenprüfungen in Mannheim“, die von der Prüfungskommission des Fachauschusses abgenommen wurden, beteiligten sich 23 Seher, 6 Drucker und ein Schweizerdegen. Von den Sehern erhielten im Praktischen 6 die Note 2, 17 die Note 3; im Theoretischen 14 die Note 2, 9 die Note 3. Von den Druckern erhielten im Praktischen 2 die Note 2, 4 die Note 3; im Theoretischen 2 die Note 2, 3 die Note 3, 1 die Note 4. Der Schweizerdegen erhielt im Praktischen und auch im Theoretischen die Note 3. Wegen des Vorjahres sind die Noten etwas schlechter geworden. Ein großer Unterschied war bemerkbar zwischen den Ausreisenden von Mannheim und Umgebung und denjenigen von Landorten. Letzteren fehlt eine gute Gewerkschule und vor allem die Fachschule.

Ausgang des Kollektivangriffs Berliner Großdruckereien auf die Überarbeitslosen. Wie wir in Nummer 22 mitteilen konnten, war zwecks Beilegung des Konflikts mit der

Firma Scherl („Berliner Lokalanzeiger“) vom Gewerkschaftsrat Dr. Köhner am 12. März ein neuer Vergleichsvorschlag gemacht worden. Nach diesem Vorschlag sollte bei den Verdiensten, die nicht höher als 5 M. über dem Tariflohn liegen, kein Abzug erfolgen. Die überarbeitslosen Verdienste von 5 bis 10 M. sollten um 50 Pf. bzw. 1 M. pro Woche, die mehr als 10 M. betragenden überarbeitslosen Verdienste um 12,5 Proz. gekürzt werden. Der Gesamtabzug sollte im Höchstfall jedoch nicht mehr als 3,75 M. pro Woche betragen. Er wird zum erstenmal am 1. April vorgenommen, und zwar zunächst nur bis zum Höchstbetrag von 2 M. Nach drei Wochen darf erst der Abzug in voller Höhe erfolgen. Zu diesem Vorschlag hat die Belegschaft der Firma Scherl in einer geheimen Abstimmung in zweifelhafte Stellung genommen. Von 113 Stimmberechtigten wurden 1190 gültige Stimmen abgegeben. Davon waren 800 für Annahme des Vergleichsvorschlags, 284 dagegen, 10 Stimmen waren ungültig; 75 Rotationsbetriebligen lag nicht an der Abstimmung. Mit der Annahme des Vorschlags durch die Mehrheit der Belegschaft der Firma Scherl gilt der Lohnkonflikt als beigelegt.

Eine Betriebsleiter-Konferenz. Unter dieser Überschrift berichteten wir vor einiger Zeit an dieser Stelle über einen arbeitsgerichtlichen Entscheid aus Rheind. Wie uns nachträglich dazu mitgeteilt wurde, hat die Geschäftsidee eine Kränkung und zwar eine nicht weniger typische. Der beklagte und zum Schadenersatz verurteilte Zeitungsvorleger in Rheind ist einer jener „Vollstreckler“, denen es der Begriff „neuezeitlich-rational“ angetan hat. Die aus Gutenbergschulden bestehende Belegschaft des betreffenden Zeitungsbetriebs hatte lange Jahre ihre Pflicht getan, doch dies genigte dem Prinzipal auf einmal nicht mehr, er wollte „rationalisieren“. Da er jedoch ein völliger Laie ist, brauchte er dazu eine Betriebsleiter-Konferenz, das heißt, einen Mann, der seine Leute „mal ordentlich aufschwänzt“. Auf ein Inserat meldete sich ein Bewerber, dem er Gewinnbeteiligung und vieles andre versprach. Als der neue Betriebsleiter die ersten Wochen im Betrieb tätig war, konnte er feststellen, daß die Gehilfenarbeit über dem Durchschnitt tüchtig und auch in bezug auf Quantitätsleistung auf der Höhe war, mit andern Worten, es ließ sich nichts mehr „herausfinden“. Die vorhandene Rotationsmaschine ist ein alter, ausgelieferter Kasten, der alle Augenblicke Störung verursacht. Ebensoviele wie die drei eingekauften Rotationsdrucker, konnte natürlich auch der Betriebsleiter eine neue Maschine daraus machen. Auf Befragen des Prinzipals teilte er dieses ihm mit, und nun sah der Rationalisierungswütige ein, daß er eigentlich gar keinen „neuen Betriebsleiter“ gebraucht hätte, weshalb es sein Bestreben war, den Betriebsleiter unmöglich zu machen. So befragte er u. a. die Belegschaft, was der „neue Betriebsleiter“ auf sie für einen Eindruck mache usw. Die Belegschaft, daß der Engagierte „unfähig“ sei, war natürlich glatt erlegen. Es ist dies ja ein beliebiger Ausweg mancher Prinzipale, wenn ihnen ein Mitarbeiter un bequem ist. Wenn es der Gehilfenarbeit so leicht gemacht würde, manchen Prinzipal nach seinen technischen Fähigkeiten zu beurteilen, käme wohl sehr oft ein nicht gefällender Urteil dabei heraus.

Neue Verordnung der Reichsregierung zur Arbeitslosenversicherung. Angehörig zur Vereinfachung und Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung (in Wirklichkeit aber zum Nachteil der Versicherten) ist dieser Tage von der Reichsregierung eine Verordnung zur Arbeitslosenversicherung erlassen worden. Danach wird der Verwaltungsrat der Reichsanstalt fastgestellt. Die meisten Aufgabenbereiche werden ihm entzogen und dem Vorstand der Reichsanstalt übertragen. Im Verwaltungsrat und Vorstand der Reichsanstalt sollen in Zukunft diejenigen Personen Mitglieder sein. Die Zahl der Mitglieder im Verwaltungsrat der Reichsanstalt und in den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter wird verringert. Zahlreiche reaktionelle Änderungen des Gesetzes bringen nun das Gesetz der Praxis näher. Die Verwaltungsausschüsse, die bisher vierteljährlich mindestens einmal lagen müßten, brauchen in Zukunft nur noch einmal jährlich einberufen zu werden. Auf die Entstellung von Fachkräften haben in Zukunft die Verwaltungsausschüsse nur noch wenig Einfluß. Der Bürokratie soll überlassen werden, welche Beschäftigungen in Zukunft als geringfügig anzusehen sind. Das Schlimmste ist, daß in Zukunft die Arbeitslosen darunter leiden müssen, wenn die Arbeitgeber trotz abgegebener Beiträge diese nicht abgeführt haben. Beiträge, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet werden, sind künftig für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse nicht mehr zu berücksichtigen. Eine Ausnahme macht man nur noch, soweit und solange der Arbeitslose das ihm geschuldete Arbeitsentgelt noch nicht erhalten hat. Die Arbeitsämter können bei Überzahlungen an Rentner fortan die Renten auch ohne Zustimmung des Bezugsberechtigten pfänden. Für das Spruchverfahren und die Kurzarbeiterunterstützung wurden ähnliche Vereinfachungen geschaffen. Die neue Verordnung tritt am 8. April 1932 in Kraft. Die Umbildung der Organe und ihrer Ausschüsse hat so bald als möglich, spätestens bis zum 23. Juli 1932 zu geschehen.

Weiterer Rückgang der staatlichen Steuereinnahmen. Die Einnahmen des Reiches an Besitz- und Verkehrssteuern betragen im Monat Februar 366,3 Mill. M., bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 192,8 Mill. M., zusammen also 559,1 Mill. M. In den bisher abgelaufenen 11 Monaten des am 31. März beendeten Finanzjahres 1931/32 sind insgesamt nur 4526 Millionen an Besitz- und Verkehrssteuern eingegangen, während der Vorschlag für das ganze Jahr 5072,5 Mill. M. beträgt. Die Gesamteinnahmen der Zöllen und Verbrauchsabgaben betragen in den 11 Monaten knapp 2547, gegen 3099,5 Millionen M. im Vorschlag für das ganze Finanzjahr. Im Vergleich mit dem Februar 1931 sind im Berichtsmont an Steuern und Zöllen insgesamt 71,7 Mill. M. weniger eingegangen. Auch unter Einrechnung der neuen Steuern, besonders der Kräftesteuer, sowie der Erhöhung der Umsatzsteuer liegt das Steueraufkommen im Februar erheblich unter dem Stand des entsprechenden Monats im Vorjahr. Die neuen Steuerquellen haben also die Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht ausgleichen können. Notwendigkeit einer internationalen Geldvereinheitlichung. Als man dazu überging, Maße und Gewichte international zu vereinheitlichen, entwickelte sich ein umfangreicher

